

# Soziale Politik & Demokratie

Für unabhängige Arbeitnehmerpolitik  
Für die soziale Einheit

KRANKENHÄUSER AM RANDE  
DES ZUSAMMENBRUCHS

Ärzte und  
Krankenhauspersonal  
klagen an!

Seite 4 bis 6

GESUNDHEITSWESEN

Weiter so:

Krankenhausschließun-  
gen und Personalabbau

Seite 7

SCHULEN

im Notstand

Seite 9 - 11

TARIFVERTRAGSYSTEM

Warum kämpfen wir für  
die Forderung nach  
„TVöD bzw. TV-L  
für Alle“?

Seite 11 - 12

EU

Brutaler Gewaltein-  
satz  
zur Abwehr der  
Flüchtlinge

Seite 13 -14

**Personalnotstand: 162.000 Stellen nicht besetzt**

**Von 2000 – 2017 wurden**

**62.500 Krankenhausbetten abgebaut und**

**von 2000 bis 2020 über 600 Krankenhäuser geschlossen**

**An unsere Abonnenten und alle unsere Leser**

Wir wissen nicht, wie es mit dem Postversand weitergeht? Öffentlicher Verkauf ist durch die Regierungsmaßnahmen weitgehend unmöglich geworden.

Deshalb haben wir beschlossen, dass die gesamte Ausgabe der „Sozialen Politik & Demokratie“ auf der Website [www.sozialepolitikunddemokratie.de](http://www.sozialepolitikunddemokratie.de) frei verfügbar ist. Wir werden trotz aller Schwierigkeiten alles tun, damit die „Soziale Politik & Demokratie“ weiter erscheinen kann

Dafür brauchen wir mehr denn je die finanzielle Unterstützung unserer Leser.

Also abonnieren Sie, schlagen Sie ihren Kolleg\*innen vor, zu abonnieren!

*Die Redaktion*

ALGERIEN /

**8. März: Massive  
Mobilisierung zum  
Frauentag  
für den Regime-Wechsel –  
für ein Ende der  
Unterdrückung!**

**„Wir sind nicht zum  
Feiern gekommen,  
sondern damit ihr alle  
abhaut“**

Seite 15 - 16

# 550 Milliarden für Unternehmen – Keinen Cent für Arbeitnehmer

Die kapitalistische Weltwirtschaft erstarb schon vor einiger Zeit unter dem Risiko eines jederzeitigen Zusammenbruchs des Finanzsystems, und dass die anhaltende und sich vertiefende Schrumpfung der industriellen Produktion und des Welthandels ihren Absturz in die Rezession auslösen würde. Da genügte ein Virus als Auslöser für das Aufbrechen der Krise dieses kapitalistischen Systems, für den mehrfachen weltweiten Börsenkrach. Die unaufhaltsame Ausbreitung der Pandemie sorgt für die Entlarvung des Ausmaßes an kapitalistischer Zerstörung der zivilisatorischen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft.

Der Kampf der Regierungen aller Länder konzentriert darum alle Mittel darauf, „koste es was wolle“, das Überleben dieses Systems zu sichern und seine Existenzgrundlage, die Aneignung von Profit und Rendite, zu retten.

Das Handelsblatt meldet, dass jetzt im Frühjahr die 100 größten deutschen Unternehmen ihren Aktionären 44 Mrd. Euro Dividenden überweisen.

Auf ihrer Pressekonferenz am 13. März verkündeten Finanz- und Wirtschaftsminister Scholz (SPD) und Altmaier (CDU) den von der Großen Koalition beschlossenen „gigantischen Schutzschirm für die deutsche Wirtschaft“ gegen die „Corona-Krise“. Er wurde auf dem abendlichen Treffen von Kanzlerin Merkel mit dem Arbeitgeberverband BDA und dem DGB-Vorsitzenden Hoffmann einmütig begrüßt.

Im Zentrum steht die „unbegrenzte Kreditförderung, um eine Liquiditätskrise im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor zu verhindern – und auch einer neuen Bankenkrise vorzubeugen“. Dafür wird ein Kreditbürgschaftsrahmen von 550 Mrd. Euro im Haushalt eingestellt, dem weder von der „schwarzen Null“ noch von der Schuldenbremse Fesseln angelegt sind. Damit übertrifft dieser Schutzschirm für die Unternehmen (und Banken) noch die 500 Mrd., welche die Große Koalition 2008 zur Rettung der Banken zur Verfügung gestellt hat. Doch er wird den Bankrott zahlreicher kleinerer Firmen, bis zum Solo-Selbständigen, nicht verhindern. Zugleich schließen die Verant-

wortlichen in Politik und Wirtschaft bewusst ihre Augen vor der Gefahr, dass mit dieser Milliardenflutung eine Kredit- und Verschuldungsblase gefördert wird, die ihrerseits das Risiko des Zusammenbruchs des Finanzsystems verschärft.

Diese staatlichen Milliarden dienen allein der Rettung von Profit und Rendite. Die Arbeitnehmer, die große Mehrheit des arbeitenden Volkes und der Jugend, die Beschäftigten in den Krankenhäusern und im Gesundheitswesen, auf die die Hauptlast der Schäden durch den Virus abgewälzt wird, erhalten von diesen so freizügig verteilten Milliarden nicht einen Cent!

Die epidemische Ausweitung der Kurzarbeit für jetzt eine Million Beschäftigte und die unmittelbar erwartete Steigerung um weitere 1,5 Millionen signalisiert die Entwicklung einer wirtschaftlichen Katastrophe. Wie in der letzten Nummer der „Sozialen Politik & Demokratie“ geschrieben, müssen die betroffenen Ar-

beitnehmer 60% ihres Nettolohns aus ihrer Arbeitslosenversicherungs-Kasse selbst finanzieren. Die wird jetzt gleichzeitig geplündert durch den Ausfall der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die in Wirklichkeit der indirekte Lohn der Arbeitnehmer sind.

Der 40%ige Lohnverlust, der, bezogen auf den Effektivlohn, noch höher ausfällt, trifft die meisten Beschäftigten. Nur ein kleinerer Teil erhält, Kraft erkämpfter Tarifverträge, eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch die Unternehmer.

Kanzlerin Merkel spricht in ihrer Fernseh-Ansprache an „ihre Lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“ von der größten „Herausforderung an unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Wie gewohnt, konzentriert sie ihre moralischen Ausführungen darauf, jeden „Einzelnen“ als Mitglied der „Gemeinschaft“ auf seine Verantwortung für das Ausmaß der Katastrophe einzuschwören. Und in Spekulation auf die Sorgen und Ängste der Menschen macht sie keinen Unterschied zwischen den Sorgen und Interessen der Konzerne, Aktionären und Finanzspekulantinnen und denen des arbeitenden Volkes und jener Kleinstbetriebe, die um ihre soziale Existenz fürchten müssen.

Gesundheitsminister Spahn (CDU) betont, dass Deutschland dank seiner Politik „gut gerüstet“ sei für den Kampf gegen das Virus. In der Realität erschöpft sich seine Strategie darin, die

## Der Kapitalismus zerstört die Grundlagen der menschlichen Zivilisation

### IMPRESSUM

»Soziale Politik & Demokratie« erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden. Die Redaktion »Soziale Politik & Demokratie« unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbindung (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Briefe der IAV« übernommen.

### Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie; Postfach 120 364 • 10593 Berlin Fax: 030 / 313 16 62  
E-Mail: soziale.politik.und.demokratie@t-online.de

Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an die o.g. Adresse schicken.

Internet: [www.sozialepolitikunddemokratie.de](http://www.sozialepolitikunddemokratie.de)  
ISSN: 0941-6064

### Redaktion Berlin:

Carla Boulboulé, Udo Eisner, Kerstin Fürst, Volker Gemhardt, Ute Grahl, Hannelore Jerichow, Gotthard Krupp, Winfried Lätsch, Peter Polke, Volker Prasuhn, Charlotte Rutz-Sperling, Gerlinde Schermer, Birgit Schöller, Klaus Schröer, Axel Zutz

### Korrespondenten:

**Brandenburg:** Bodo Fast, Monika Wemecke  
**Nordrhein-Westfalen:** Beate Sieweke, Bodo Schoo, Tina Hauptmann  
**Sachsen:** Cornelia Matzke, Bernd Bahr  
**Hessen:** Michael Altmann

**Rheinland-Pfalz:** Peter Damm

**Baden-Württemberg:** Brigitte Klein

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich. Jahresabo (inkl. Porto): 50,- Euro. Ermäßigtes Abo: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabo zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € bezogen werden. In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboulé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00) Kontonummer: 5629 455 002

BIC: BEVODE33

IBAN: DE42 1009 0000 5629 4550 02

**V.i.S.d.P.:** Carla Boulboulé,  
Postfach 120 364 • 10593 Berlin

### Arbeitgeber und Gewerkschaften: Schulterschluss im Kampf gegen Corona – Treffen im Kanzleramt

Sie beschließen in „Sozialpartnerschaft“ gemeinsam das Programm der Milliarden für Unternehmer und Null für die Arbeitnehmer

freilich schon weggesparten Kapazitäten und das Notstandspersonal der bestehenden Krankenhäuser auf Kosten der dort vorhandenen Patienten für in jeder Hinsicht unzureichende Notmaßnahmen gegen die Viruskrankheit einzusetzen. Dafür greift er auf die Finanzmittel der von ihm schon ins Defizit getriebenen Krankenkassen zurück.

Die Finanz- und Arbeitsminister Scholz und Heil (beide SPD) bemühen sich, mit Maßnahmen wie z.B. der Ausweitung von Kurzarbeit darüber hinwegzutäuschen, dass ihr gewaltiger Schutzschirm an staatlichen Milliarden nicht für die Arbeitnehmer gedacht ist und sie im Regen stehen lässt.

Diese Parteien der Großen Koalition sind die Hauptverantwortlichen für die jahrelange kapitalistische Agenda-Politik gegen das Gesundheitswesen, deren Zerstörungswerk durch den Vormarsch der Pandemie entlarvt wird. Um das zu verschleiern wird von der Großen Koalition, der politischen Interessensvertretung des Kapitals, die Virus-Krankheit in Deutschland als eine von außen hereinbrechende Naturkatastrophe dargestellt. Daran muss dann auch ein „exzellentes Gesundheitssystem“ (Merkel) an seine Grenzen stoßen, obwohl „diese Tage zeigen, wie sehr Deutschland von unserem starken Sozi-

alstaat und dem leistungsfähigen Gesundheitssystem profitiert.“ (Scholz, im Handelsblatt-Interview vom 17. 3.)

In der Realität trifft das Virus auf ein kaputtgespartes Gesundheitssystem und soziale Infrastruktur. Es trifft auf Kommunen mit einem Investitionsstau von 138 Mrd. Euro.; auf Krankenhäuser, wo der Investitionsstau fast 40 Mrd. beträgt (DGB), und 162.000 Stellen, die nicht besetzt sind (ver.di).

Schließung von Krankenhäusern, Privatisierungen und Bettenabbau haben die Kapazitäten arg schrumpfen lassen.

Es fehlt an allem. Die Kapazität der Intensivstationen muss dramatisch ausgeweitet, neue Behelfskrankenhäuser müssen geschaffen werden, Beatmungsgeräte, Schutzanzüge, Masken müssen sofort produziert, großflächige Virustests eingeführt werden

Das sind die existierenden Bedingungen, die die Prognose von Millionen infizierter Menschen und vielen Toten erst zu einer realistisch eingeschätzten Gefahr werden lassen. Dass Ärzte in den Krankenhäusern sich zur Auswahl gezwungen sehen, welcher Patient mit welcher Krankheit und in welchem Alter noch behandelt wird. Oder ob Patienten mit anderen Krankheiten überhaupt behandelt werden können.

Selbst in der augenblicklichen dramatischen Situation, in der sich das Krankenhauspersonal bis zur Erschöpfung einbringt und oft ohne genügend Schutz, ist kein Geld vorgesehen für die sofortige Einstellung von „mehr Personal“ - keine zusätzlichen Milliarden zur Deckung des sofortigen Investitionsbedarfs - denn dafür müsste mit der Schuldenbremse gebrochen werden.

Kein Wort von Merkel in dem Sinne: 'Wir werden alles tun, um diese katastrophalen Missstände zu überwinden'. – Nein, stattdessen erlaubt sie sich, die von dem Corona-Virus betroffenen Men-

schen mit dem bigotten Appell abzuspeisen: „Da sind unsere Solidarität, unsere Vernunft, unser Herz füreinander schon auf eine Probe gestellt...“

Alles tun für die Eindämmung der Pandemie? – Nein es sollen weiter Betten abgebaut und Krankenhäuser geschlossen werden, wie „überflüssige“ Krankenhäuser in NRW oder Berlin, das Krankenhaus in Lebach, das Städtische Klinikum Dresden oder Kliniken in Sachsen-Anhalt, Thüringen... (s. auch Artikel in dieser Ausgabe).

### Für ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Notstandssituation in den Krankenhäusern

Deshalb haben die Kolleg\*innen aus den Berliner Krankenhäusern Charité und Vivantes einen ersten Katalog von Forderungen an den Berliner Senat erarbeitet, „die sofort umzusetzen sind, damit die Krankenhäuser die Patient\*innen gut versorgen können“. Sie werden zunächst in den Belegschaften diskutiert:

- „Sofort mehr Personal durch Neueinstellungen, finanziert durch zusätzliche Gelder, auch Kredite, die der Senat vorleistet und später von der Bundesregierung einfordert....“
- Sofort Investitionen in Sachmittel, Finanzierung von Tests, Betten, Räumen, Schutzmaßnahmen für das Personal....“
- Stopp aller Pläne oder auch in Umsetzung befindlichen Pläne zur Schließung von Krankenhäusern, Stationen und Bettenabbau....“
- Stopp aller Privatisierungspläne... Die privaten Krankenhäuser gehören unter die staatliche Kontrolle durch den Senat. Sie müssen für die Allgemeinversorgung zur Verfügung stehen....“

Carla Boulboullé

**Die Zeitung „Soziale Politik & Demokratie“ ist die freie Tribüne für den Austausch und die Diskussion, sowie über die Erfahrungen und Lehren aus den Kämpfen.**

**Sendet Eure Beiträge und Berichte an die angegebene Adresse der „Sozialen Politik & Demokratie“.**

## Corona-Virus – Krankenhäuser am Rande des Zusammenbruchs Ärzte und Krankenhauspersonal klagen an!

Versammlungen sind verboten, alle gewerkschaftlichen und politischen Termine sind abgesagt, Museen und öffentliche Einrichtungen geschlossen, wie auch Schulen und Kindereinrichtungen. Mit wenigen Ausnahmen auch Geschäfte.

In Erwartung von zahlreichen Pandemie-Patient\*innen die versorgt werden müssen, konzentriert sich alles auf die Gesundheitsversorgung und Krankenhäuser.

Berliner Ärzte drohen mit der Schließung ihrer Praxis. In vielen der mehr als 6 500 Praxen gibt es immer noch keine oder viel zu wenig Schutzausrüstungen. In einem Brandbrief melden die Ärzte große Zweifel daran an, ob das Berliner Gesundheitssystem der Pandemie überhaupt gewachsen ist.

Schon in der letzten Ausgabe sind wir darauf eingegangen, dass der Virus auf eine kaputtgesparte Infrastruktur und Krankenhäuser trifft. In dieser Ausgabe haben wir u.a. verschiedene Berichte von Kolleg\*innen aus Berliner Krankenhäusern zusammengestellt.

Silvia Bühler, Bundesfachbereichsleiterin von ver.di, hat in einer Pressemitteilung zu Recht darauf verwiesen, dass es „mehr Personal“ braucht, reduziert das aber auf die Forderung nach Umsetzung

der Personalbemessung im Krankenhaus, die PPR 2.0, durch den Gesetzgeber. Obwohl die genauen Vorschläge kaum bekannt sind, weiß man, dass zwei bis drei Jahren vergehen werden, bis diese Personalbemessung greift. Aber gebraucht wird mehr Personal sofort – nicht irgendwann.

Der Alarmruf der Gewerkschaftssekretärin Katharina Schwabedissen (siehe S.6), die Maßnahmen zur Reintegration der 200.000 examinierten Pflegekräfte fordert, die vor allem wegen untragbarer Arbeitsbedingungen nicht mehr in ihrem erlernten Beruf arbeiten, ist da wohl realistisch.

Sylvia Bühler verlangt – ganz im Sinne der Spahn-Programme eine „Überprüfung von Krankenhausschließungen“ (!), anstatt dass – zusätzlich alarmiert durch die augenblicklich dramati-

sche Situation - ver.di endlich für die Forderungen kämpft: Schluss mit der Demontage der Gesundheitsversorgung, für mehr Stellen, kein Krankenhaus darf mehr geschlossen oder weitere Betten abgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Politische Arbeitskreis Gesundheit ein Sofortprogramm erarbeitet, welches jetzt in den Einrichtungen diskutiert werden soll. (s. Seite 5)

Außerdem haben wir einen Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag aus dem Jahre 2012 analysiert, der auf eine „Risiko-Analyse“ antwortet, die genau diese Situation einer Virus-Pandemie beschreibt. (S. 8)

Und die Konsequenz: Die Demontage des Gesundheitssystems wurde von der GroKo im Rahmen der Agenda-Politik fortgesetzt

Immer klarer zeigt sich, dass es die Beschäftigten in den Einrichtungen sind, die mit ihrem Kampf gegen das unverantwortliche Kaputtsparen die öffentliche Daseinsvorsorge verteidigen.

## Das Krankenhaus als Virenschleuder?

Berichte von Kolleg\*innen aus den Krankenhäusern, „Momentaufnahmen“, die sich täglich ändern.

Der akute Mangel an Schutzkleidungen führt dazu, dass der existierende Hygieneplan aufgeweicht wird. Zum Einsatz von persönlicher Schutzausrüstung wird von einer Klinik als Arbeitsanweisung wegen „weltweit derzeit erheblicher Lieferschwierigkeiten ausnahmsweise“ vom Hygieneplan abweichend vorgeschrieben: Bei Infektionskrankheiten, wie z.B. Lungentuberkulose, multiresistenten Keimen oder Influenza sollen wasserfeste SchutzKITTEL zur Einmalverwendung personalisiert *weiterverwendet* werden oder nur noch wasserdichte PlastikSCHÜRZEN zur Einmalverwendung genutzt werden. Bei solchen Erkrankungen sollen die jeweils vorgeschriebenen Masken weitergetragen werden, anstatt sie bei Verlassen des Isolierzimmers zu entsorgen. Nur bei Corona Verdacht oder Infektion sollen sie entsorgt werden. Allerdings:

Ein Mitarbeiter eines Berliner Krankenhauses berichtet, dass sie seit dem 10.3. nur noch wenige „FFP3-Masken“ (siehe Foto) vorrätig haben. Das sind partikel-filtrierende Mund-Nase-Masken, die den höchst möglichen Schutz bieten.

Aber die Patient\*innen werden auch den Viren ausgeliefert. So berichtet ein Kollege: *„Der einzige Fahrstuhl, der in den Isolationsbereich führt, ist defekt, die Patienten werden über andere Stationen geschoben, um zur Isolationsstation zu kommen. Die Reperatur ist angekündigt – in einem Monat.“*

Andere berichten, dass Patient\*innen mit Corona Virus wegen Überfüllung der Isolierstation auf „normale“ Stationen verlegt werden. Die Mitarbeiter\*innen dort haben gar keine FFP-3 Masken, sondern arbeiten mit einfacheren oder ohne Masken. *„Mitarbeiter\*innen werden bei bestätigtem Corona Kontakt nicht in Quarantäne geschickt, sondern müssen so lange weiterarbeiten bis sie Symptome ausbilden und anschließend selbst positiv getestet sind.“* Unverantwortlich, der Begriff fasst es nicht.

Vivantes verkündet erst am 17.03. seinen Beschäftigten, dass nach und nach bis zum 19.03. eigene Corona-Abklärungsstellen für Mitarbeiter\*innen eingerichtet werden.

Coronainfizierte Patientenzimmer wer-

den, solange der Patient dort verweilt, durch eine „normale“ Unterhaltsreinigungskraft gereinigt. Ein staatlich geprüfter Desinfektor kommt nur bei Entlassung oder wenn die Klinik ihn gesondert beauftragt, weil die Reinigungskraft vor Angst erstarrt ist. Wenn die 1 Liter an Desinfektionsmittel leer war, wurden sie entsorgt. Jetzt werden die „Desinfektionsmittel in 1000 l-Gebinden bestellt und durch die CFM auch für die Charité abgefüllt. Leerflaschen werden durch Reinigungskräfte und durch die Kolleg\*innen der Abfallentsorgung zur Neubefüllung eingesammelt.“

Hinzu kommt der Personalmangel: *„Die Hygienefachkraft hat Urlaub genommen. Die Vertreterin ist schwanger und kommt auch nicht, die Vertreterin der Vertreterin kommt 1x in der Woche kurz vorbei. Ist das alles Zufall oder nur der normale Wahnsinn?“*, schreibt ein Kollege.

Wer dachte, dass man nun im Krankenhaus auf niemanden verzichten kann, der irrt. Kündigungen während der Probezeit werden genauso verfolgt wie vorher,

von Personalmangel ist dahingegen nichts zu spüren. Alles „nicht relevante Personal“ soll mit vorgezogenen Urlaub, Überstunden, Aufbau von Minusstunden dem Unternehmen finanziellen Lohnkostenscha-den ersparen.

Generell gibt es kaum Informationen für den gemeinen Arbeitnehmer. Der wohl existierende Pandemieplan der Krankenhäuser wird unter Verschluss gehalten. Personalvertretungen wird der Zugang zu Informationen verweigert und die Mitbestimmung verwehrt.

#### Nachtrag 19.03.2020

Einige Beschäftigte geben an, dass es gerade genug Schutz-ausrüstung für alle gibt. Dank der Zutrittsverbote und Absage der planbaren Fälle hat sich die Lage etwas stabilisiert. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Infektionszahlen entwickeln und wie lange die Sicherstellung der Logistik durchhält.

Woher das Personal bei den neuen geplanten Corona Krankenhausplätzen kommen soll, dazu gibt es kein Wort. In einem Standort-Krankenhaus bewirbt sich für den Pflegebedarf z.Zt. nur eine Person pro Monat.

*Zusammengestellt von  
Charlotte Rutz-Sperling*

## Politischer Arbeitskreis Gesundheit

TV80 für alle - mehr Personal - Rückführung der Tochterbetriebe - ausreichende Investitionen  
Verwirklichung des Prinzips: Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag

Anlässlich des Corona-Virus

## Sofortprogramm

### für die Verteidigung und die Wiederherstellung der öffentlichen Krankenhäuser als Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge

Der Politische Arbeitskreis Gesundheit in Berlin hat am 12 März 2020, also wenige Tage, nachdem die Pandemie auch in Berlin angekommen war, über die Lage an den Berliner Krankenhäusern diskutiert. Es trafen sich Kolleg\*innen von Vivantes und Charité, sowie aus den jeweiligen Tochterbetrieben.

Zu Beginn wurde über die Unterbrechung der Tarifverhandlungen und den Abbruch des Streiks an der Charité-Tochter, CFM, diskutiert. Betriebsrat Daniel Turek erläuterte noch einmal die Gründe angesichts der mit dem Corona-Virus entstandenen Situation: „Wir handeln verantwortlich, ganz im Gegenteil zu dem politischen Handeln der Verantwortlichen“. Übereinstimmend wurde festgehalten, dass es richtig war, mit dem Streik auch die Tarifverhandlungen auszusetzen, da man nicht über alle gewerkschaftlichen Kampfmittel verfügt. „Verhandlungen, ohne unsere Möglichkeit zu streiken, sind für die Katz. Das haben wir schon sieben Monate hinter uns.“ (s. auch „Soziale Politik & Demokratie“, Nr. 247)

Sehr schnell kam man zur aktuellen Situation. In zahlreichen Beispielen wurde festgehalten, dass die Beschäftigten dem Virus ausgeliefert werden. „Ungeschützt werden wir an die Front geschickt.“ Beispiele für das Fehlen der einfachsten Schutzmaßnahmen wurden genannt. Da die Töchter CFM und VSG bei Vivantes eigene Betriebe seien, haben sie auch keinen Zugang zu den notwendigen Informationen über Schutzmaßnahmen. Die Mitarbeiter des Mutterbetriebes Charité werden durch das betriebseigene Intranet informiert, wovon die Beschäftigten bei den Töchtern ausgeschlossen sind.

Die Reinigungskräfte oder Beschäftigte der Krankentransporte arbeiten zum Teil ungeschützt. Darin zeigt sich, dass in der Praxis alle in einem Krankenhaus beschäftigt sind – ob in der Mutter oder Tochter. „Wir können uns die Tochterbetriebe nicht mehr leisten, sie müssen reintegriert werden.“

Gemeinsam wurde festhalten, der Virus trifft auf eine schon existierende Notstandssituation der Berliner Krankenhäuser. Dem Gesundheitswesen in Berlin droht der Zusammenbruch.

Es reicht nicht, diesen Zustand zu beklagen. „Wir brauchen eine politische Antwort, Forderungen, die sofort umzusetzen sind, damit die Krankenhäuser die Patient\*innen gut versorgen können“.

Deshalb haben die Kolleg\*innen einen ersten Forderungskatalog erarbeitet, der jetzt in den Belegschaften diskutiert werden soll und dann an den Berliner Senat geht.

#### Sie schlagen in einem Flugblatt folgende Maßnahmen vor:

#### Sofort mehr Personal durch Neueinstellungen

2018 wurde am Beispiel Vivantes ein Bedarf von 7400 Stellen geschätzt (Volker Gernhardt, in *Sozialer Politik & Demokratie* Nr. 402, S. 6). Für Berlin insgesamt ergibt sich eine Zahl von knapp 30.000 Stellen. Es wird gesagt, diese seien nicht zu finden. In Deutschland leben ca. 200.000 examinierte Pflegekräfte, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in ihrem erlernten Beruf arbeiten. Ein Hauptgrund ist die unerträgliche Arbeitsbelastung und das Gefühl, die Arbeit in der geforderten Form nicht verantworten zu können: gegenüber den Menschen, die Hilfe benötigen und gegenüber sich selbst. Und das gilt nicht nur in der Pflege.

Der Senat hat die Verantwortung, diesen Kolleg\*innen ein **adäquates Angebot zur Rückkehr in den Beruf** zu machen – damit durch mehr Personal erträglichere Arbeitsbedingungen ermöglicht werden, finanziert durch zusätzliche Mittel.

#### Sofort Investitionen in Sachmittel, Finanzierung von Tests, Betten, Räumen, Schutzmaßnahmen für das Personal

Der DGB spricht von einem Investitionsstau von fast 40 Milliarden, ver.di Berlin hat mit der Krankenhausgesellschaft einen Investitionsstau von 3,5 Milliarden Euro für Berlin berechnet. Der Berliner Senat muss sofort handeln und entsprechende Investitionen tätigen. Auch die bisherigen Hygienemaßnahmen, die einen Sinn hatten, müssen bestehen bleiben und dürfen nicht weiter abgeschwächt und dereguliert werden. Schutzanzüge und Masken für alle am Krankenhaus Beschäftigten müssen zur Verfügung stehen. Abweichung durch die Arbeitgeber müssen bestraft werden. Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten im Krankenhaus, sei es in der Pflege oder z.B. im Krankentransport oder auch in der Reinigung ohne Schutz an die „Front“ vorgeschickt und verheizt werden.

### **Stopp aller Pläne oder auch in Umsetzung befindlichen Pläne zur Schließung von Krankenhäusern, Stationen und Bettenabbau**

Erinnert sei an die Pläne zur Schließung des Wenkebach-Klinikums, oder die Schließung von Stationen des Auguste-Viktoria-Klinikums. Im Gegenteil, wir brauchen die sofortige Wiedereröffnung von abgebauten Betten.

### **Integration der Töchter von Charité und Vivantes in die Mutterbetriebe**

Das Krankenhaus ist ein Betrieb, auf keine Gruppe der Beschäftigten kann verzichtet werden. Nur unter einem Dach und mit einer verantwortlichen staatlichen Kontrolle und Planung können sie zuverlässig auch in Extremsituationen die öffentliche Daseinsvorsorge sichern.

### **Stopp aller Privatisierungspläne und Integration in die staatliche Planung und Kontrolle**

Es ist nicht zu akzeptieren, dass private Krankenhäuser sich der Pflicht zur Allgemeinversorgung entziehen. Deshalb gehören die privaten Krankenhäuser unter die staatliche Kontrolle durch den Senat. Sie müssen für die Allgemeinversorgung zur Verfügung stehen.

### **Wiederherstellung der kommunalen Infrastruktur für das Gesundheitswesen**

Im Zentrum stehen dabei die Gesundheitsämter. Auch dort ist das Personal um 30 % abgebaut worden. Zum Beispiel in Marzahn /Hellersdorf sind nur die Hälfte der Planstellen besetzt. Der Senat muss handeln und mit Neueinstellungen und angemessener Bezahlung für eine ausreichende Ausstattung sorgen.

### **Faktisches Aussetzen des DRG-Systems**

Das DRG-System hat dazu geführt, die Kaputtsparpolitik gegen die Krankenhäuser festzuschreiben und die Krankenhäuser einem zerstörerischen Dumping-Wettbewerb auszuliefern. Das erweist sich im Falle der Pandemie als tödliche Bedrohung.

Deshalb: muss das das DRG-System außer Kraft gesetzt werden. Wir brauchen die volle Konzentration auf die Aufgabenerfüllung: Schutz für das Personal und Wiederherstellung der bedarfsentsprechenden Gesundheitsversorgung für die Patient\*innen.

### **Sofortige staatlich organisierte und kontrollierte Produktion von Medikamenten und Schutzmitteln**

Es kann nicht angehen, dass absolut notwendige Medikamente fehlen und dem allgemeinen Handelskrieg ausgeliefert werden. Der Markt regelt es nicht, das zeigt sich in dieser Krise. Die Produktion und Verteilung muss unter staatliche Kontrolle.

### **Das alles kostet viel Geld – die Verantwortung des Senats**

Die notwendigen zusätzlichen Gelder für diese Maßnahmen sollen durch die Berliner Landesregierung, den Berliner Senat, vorfinanziert werden. Damit dies nicht auf Kosten anderer Bereiche geht, sind sofort zusätzliche Kredite aufzunehmen. In einem zweiten Schritt hat der Berliner Senat die Verantwort-

ung, die Mittel von der Bundesregierung zurückzuholen. Verantwortlich für das Kaputtsparen des Gesundheitswesens ist die zerstörerische Kostensenkungspolitik der verschiedenen Bundesregierungen.

Wir wollen diese Forderungen mit Euch diskutieren und bitten Euch Ergänzungsvorschläge und Konkretisierungen vorzunehmen. Wir wollen sie dem Senat und die den Senat tragenden Parteien im Abgeordnetenhaus überbringen. Bitte meldet Euch unter: PAK-Gesundheit@t-online.de

### **Offener Brief**

von Katharina Schwabedissen (ver.di, Gewerkschaftssekretärin) an Minister Laumann und Minister Spahn (Auszüge)

In Deutschland leben ca. 200.000 examinierte Pflegekräfte, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in ihrem erlernten Beruf arbeiten. Einer der Hauptgründe ist die unerträgliche Arbeitsbelastung und das Gefühl, die Arbeit in der geforderten Form nicht verantworten zu können: gegenüber den Menschen, die Hilfe benötigen und gegenüber sich selbst. Und das gilt nicht nur in der Pflege.

Machen Sie diesen Kolleg\*innen ein adäquates Angebot zur Rückkehr in den Beruf und übertragen Sie es auf die Belegschaften im Gesundheitsbereich. Zahlen Sie angemessene Facharbeitsgehälter und sorgen Sie für angemessene Erholungszeiten. Heben Sie unverzüglich die Möglichkeit auf, mit der Versorgung von Kranken Profit zu machen.

Ich bin eine von denen, die diesen Beruf mit der Einführung der DRGs verlassen hat. Ich habe gerne und gut in meinem Beruf gearbeitet - und gerade deshalb kann ich ihn unter den von Ihnen und Ihren Regierungen erlassenen Bedingungen nicht ausüben.

Vielleicht gehen Sie davon aus, dass Menschen in den Gesundheitsbetrieben übermenschliche Kräfte haben. Das ist nicht ganz falsch. Aber es hat Grenzen. Wenn sie jetzt nicht handeln, dann werden Sie vor einem Versorgungskollaps stehen, sollte sich der Virus weiter und schneller ausbreiten. Und Sie werden nicht sagen können, dass Sie es nicht besser wissen konnten. Sie wissen es.

### **Krankenhausschließung in Lebach verschoben**

Am 11.3. protestierten die Kolleg\*innen des Charitas Krankenhauses in Lebach gegen die angekündigte Schließung im Juni. Nach Protesten entschied die Ministerin eine Verschiebung auf die „nach Corona-Virus-Zeit“. Und dann, wird es etwa nicht gebraucht? - **Unverantwortlich!**

## Keine Entlassungen beim Städtischen Klinikum Dresden!

Am 26.02. beschloss der Ausschuss für Gesundheit des Stadtrats von Dresden einen Auftrag an den Oberbürgermeister, „bis 30. September 2020 mit der Betriebsleitung des Städtischen Klinikums Dresden und mit Unterstützung der Wirtschaftsprü-

fungsgesellschaft Ernst & Young GmbH ein wirtschaftlich tragfähiges medizinisches Betriebskonzept für das Städtische Klinikum Dresden zu erstellen“.

Dahinter steckt die Absicht, das Städtische Klinikum Dresden (SKDD), bestehend aus den Krankenhäusern Friedrichstadt und Neustadt, aus den Verlusten in Millionenhöhe zu bringen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH soll deshalb miteinbezogen werden, da diese im Auftrag der Stadt ein Gutachten über das Klinikum erstellte. Dieses Gutachten soll laut einer vom Sozialausschusses des Stadtrats am Mittwoch beschlossenen Vorlage nun die Grundlage eines Zukunftskonzepts für das SKDD bilden. Bisher ist bekannt, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den Abbau von Personal zur Behebung der finanziellen Probleme vorschlägt. Ernst & Young GmbH ist bekannt für Unternehmenssanierungen zugunsten der Profitmaximierung und zu Lasten von Beschäftigten.

Die ver.di-Betriebsgruppe im SKDD erklärte, dass die finanzielle Schieflage des SKDD durch Einführung der Fallpauschalen (DRG) durch die Schröder-Regierung 2004 entstanden sei und daher real entstandene Kosten nicht mehr bei den Krankenkassen abgerechnet werden konnten, sondern nur die Pauschalbeträge für bestimmte Krankheiten. Das Beispiel der beiden städtischen Krankenhäuser in Dresden zeigt auf, wie die Kostensenkungspolitik im Gesundheitswesen in den letzten 16 Jahren zu einer massiven finanziellen Notlage vieler Krankenhäuser geführt hat und zugleich eine Kaputtsparpolitik mit Personal- und Bettenabbau betrieben wird.

Der zuständige Gewerkschaftssekretär von ver.di, Jens Uhlig, kritisierte, dass Ernst & Young GmbH an der Erstellung des zukünftigen Betriebskonzept maßgeblich federführend sein wird und da-

her mit Personalabbau zu rechnen ist. Zudem bemängelte er, dass für das geplante 21-köpfige Beratergremium, das die Erstellung des medizinischen Betriebskonzeptes begleiten soll, kein Vertreter von ver.di vorgesehen. Eingeplant sind lediglich zwei Vertreter des Personalrats des SKDD. Ihnen werden fünf Chefärzte, sieben Stadträte und sieben Verwaltungsmitarbeiter gegenüberstehen. Außerdem wurde festgelegt, dass für die Erstellung des Konzept 500.000 Euro zur Verfügung gestellt sollen, die aus dem Globalbudget des Geschäftsbereiches Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen im Umfang von bis zu 350.000 Euro und aus dem Budget der Stadtkäm-

meri im Umfang von 150.000 Euro abgezweigt werden. Geld was dann für kommunale Aufgaben für Soziales, Gesundheit und Wohnen fehlen und in die Tasche von Ernst & Young GmbH fließen wird.

Ver.di steht nun in der Verantwortung. Muss nicht endlich Schluss sein mit der Bittstellung darum, in die Beratungen über Personalabbau und/oder der Privatisierung eingebunden zu werden? Sind diese Pläne nicht schlicht und einfach abzulehnen? Um diesbezügliche Beschlüsse des Stadtrates zu verhindern, muss ver.di die Beschäftigten bis hin zum Erzwingungsstreik mobilisieren.

Bernd Bahr

Sachsen-Anhalt:

### Schließung von Krankenhäuser und Stellenabbau trotz Coronavirus

Trotz Coronavirus-Epidemie wollen zwei Klinikbetreiber an drei Standorten in Sachsen-Anhalt die medizinische Versorgung einstampfen. Die private Stiftung SRH Holding will in Zeitz und **Naumburg** (Burgenlandkreis) 100 Beschäftigte aus den Bereichen Verwaltung und Therapie entlassen, nachdem sie die damals noch kommunalen Einrichtungen, die im Herbst 2019 Insolvenz angemeldet haben, im Januar übernommen hatten.

Die Schließung der Frauen- und Kinderstation sowie des Kreißsaals in **Zerbst** und damit verbundene Entlassungen erfolgt wegen geringerer Profitabilität als andere Bereiche und Abteilungen, die operationsintensiv sind.

In **Havelberg** kämpft die Belegschaft des Krankenhauses gegen Schließungspläne des Betreibers KMG Kliniken SE. Der dortige Klinikbetreiber KMG kündigte im Januar an, das Haus in ein Seniorenheim umzuwandeln, weil er »keine Aussicht auf schwarze Zahlen« sieht. KMG berief sich auf einen Vertrag mit dem Landkreis von 2013, der diese Lösung vorsehe. Die Beschäftigten wehren sich gemeinsam mit Betroffenen gegen diese Umwandlung und überreichten 12.000 gesammelte Unterschriften für den Erhalt an die Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD).

Die KMG, die das Haus bereits seit 2002 betreibt, habe es „systematisch heruntergefahren“ und „öffentliche Gelder versenkt“, so der zuständige ver.di-Sekretär Jens Berek.

Berek kritisiert die bisherige politische Entwicklung: In Sachsen-Anhalt werden ein gutes Drittel der Krankenhäuser privat betrieben und ein weiteres Drittel sind in der Hand von gemeinnützigen Trägern. Gerade bei unerwarteten Zwischenfällen, wie aktuell der Corona-Epidemie, gefährdet es die Grundversorgung, „wenn nur erhalten wird, was Kohle bringt“.

Tatsächlich war auch vor der Pandemie die Grundversorgung keineswegs ausreichend gesichert.

bb

### In NRW ist die Schließung von bis zu 60 Prozent ihrer Krankenhäuser geplant.

Planungsszenarien verschiedener „objektiver Gutachter“.

# Die Pandemie – eine unabwendbare Geißel der Menschheit?

Es ist nicht so, dass eine Pandemie vom Himmel fällt. Zwar kann die Gesellschaft nicht verhindern, dass Viren, wie das Coronavirus, für die Menschen zur tödlichen Bedrohung werden. Aber man kann sich vorbereiten und Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen schnell und effizient in den Griff zu bekommen. Das ist eine staatliche Aufgabe.

Das eine solche Pandemie durchaus drohen könnte, zeigt eine „Risiko-Analyse“ bezogen auf eine „Pandemie durch Virus Modi-SARS“, mit der sich die Bundesregierung 2012 beschäftigt hat. Zwar gab es noch keinen solchen Virus, aber es gab Vorbilder dafür. Die Bundesregierung hat in einem Bericht an den Deutschen Bundestag ihre Ergebnisse zusammengestellt. (Drucksache 17/12051) Der Bericht liest sich wie ein Drehbuch für den Fall des Coronavirus Sars-CoV-2, der jetzt weltweite Erschütterungen hervorruft. Es war also absehbar – aber es wurden keine Abwehrmaßnahmen ergriffen. Die Kosten waren unvereinbar mit der Kaputtsparpolitik, die der von Krisen erschütterte Kapitalismus erzwingt, und der die Krankenhäuser unter der Schuldenbremse ausgeliefert werden.

Die Risiko Analyse wurde unter fachlicher Federführung des Robert Koch-Instituts und Mitwirkung u.a. des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, des Paul-Ehrlich-Instituts, ja sogar des Streitkräfteunterstützungskommandos der Bundeswehr durchgeführt.

„Die Wahl eines SARS-ähnlichen Virus erfolgte u. a. vor dem Hintergrund, dass die natürliche Variante 2003 sehr unterschiedliche Gesundheitssysteme schnell an ihre Grenzen gebracht hat.“ (s. 5) Es war also keine fiktive Gedankenspielerei, man hatte einen konkreten Fall vor Auge.

„Das Szenario beschreibt eine von Asien ausgehende, weltweite Verbreitung eines hypothetischen neuen Virus, welches den Namen Modi-SARS-Virus erhält. Mehrere Personen reisen nach Deutschland ein, bevor den Behörden die erste offizielle Warnung durch die WHO zugeht.“ (S.5) Der Unterschied zu dem realen Vorgang heute: die Ereignisse in China mit ihren dramatischen Ausmaßen waren bekannt, bevor Maßnahmen in Europa/ Deutschland ergriffen wurden.

„Obwohl die laut Infektionsschutzgesetz und Pandemieplänen vorgesehenen Maßnahmen durch die Behörden und das Gesundheitssystem schnell und effektiv umgesetzt werden, kann die rasche Verbreitung des Virus ... nicht effektiv aufgehalten werden. Zum Höhepunkt der ersten Erkrankungswelle nach ca. 300 Tagen sind ca. 6 Millionen Menschen in Deutschland an Modi-SARS erkrankt.“ (S.5) Die Menschen sind der Pandemie also unabwendbar ausgeliefert? Sind nicht die tatsächlichen Bedingungen dadurch bestimmt, dass eine Chance zur Verhinderung einer raschen Verbreitung des Virus deshalb schon nicht gegeben ist, weil die Behörden und das Gesundheitssystem nach jahrelangen Spardiktaten am Limit und keineswegs auf eine Pandemie effektiv vorbereitet sind?

In dem eigentlichen Bericht, (ab Seite 55) werden die Entwicklung und die Folgen genauer beschrieben. Man geht von

drei Wellen in drei Jahren aus, bis ein Impfstoff vorliegt. Die dort entwickelten Szenarien sind brutal. U.a. wird festgehalten: „Die enorme Anzahl Infizierter, deren Erkrankung so schwerwiegend ist, dass sie hospitalisiert sein sollten bzw. im Krankenhaus intensivmedizinische Betreuung benötigen würden, übersteigt die vorhandenen Kapazitäten um ein Vielfaches. Dies erfordert umfassende Sichtung (Triage) und Entscheidungen, wer noch in eine Klinik aufgenommen werden und dort behandelt werden kann und bei wem dies nicht mehr möglich ist. Als Konsequenz werden viele der Personen, die nicht behandelt werden können, versterben.“ (S. 65)

Als Folge des Kaputtsparens der Krankenhäuser, des Personalnotstands, Bettenabbau, Krankenhausschließungen und Privatisierungen und dem dramatischen Investitionsstau ist schon jetzt keine qualifizierte Gesundheitsversorgung für alle betroffenen Bürger\*innen mehr möglich. Das Deutsche Ärzteblatt vom 28. Februar warnt: Spahn will noch mehr Betten abbauen, obwohl sich aktuell abzeichnet, wie dringend wir Reservebetten für den Fall von Epidemien brauchen.

Die Pandemie wird dieses Gesundheitssystem an den Rand des Kollapses treiben. „Die medizinische Versorgung bricht bundesweit zusammen“ (S.73). In dem Bericht wird genannt, dass die Gesundheitsämter und Amtsärzte „Maßnahmen zur Verhütung übertragbarer Krankheiten zu ergreifen“ haben. Doch die Realität? „Wir haben leider viel zu wenig Personal in den Gesundheitsämtern. In den letzten 20 Jahren sind rund ein Drittel der Stellen abgebaut worden“, schreibt Dr. Ute Teichert, Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Allein in Berlin fehlen 60 Ärzte in den Gesundheitsämtern.

Quarantäne, Isolierung und die Einschränkungen der Grundrechte (!)... Das sind die zu ergreifenden Maßnahmen, die in dem o.g. Bericht empfohlen werden und mit denen die Regierungen – egal

welcher Couleur - heute auf die Pandemie reagieren.

Selbstverständlich werden auch die Folgen für das „Schutzgut Volkswirtschaft“ untersucht. Da so viele versterben, wäre „dieser Verlust ... volkswirtschaftlich deutlich spürbar und mit einem hohen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts verbunden.“ (Seite 78)

Besonders betroffen wäre die „private Wirtschaft“, der, so die Entscheidung der Großen Koalition heute, mit „unbegrenzten Kreditprogrammen“ geholfen werden soll. Das soll nicht an der Schuldenbremse scheitern. Den Staat werde das „zig Milliarden“ kosten (Finanzminister Scholz, SPD). Die Schuldenbremse mit ihrem Zwang zum Spardiktat / Kahlschlag gegen die öffentliche Daseinsvorsorge wird nicht nur nicht angetastet, sie wird sich vielmehr noch verschärfen. Eine erhebliche Belastung für die Sozialversicherungssysteme wird erwartet - eine neue Welle des Kaputtsparens gegen das Gesundheitssystem, sowie gegen die gesamte soziale Infrastruktur.

Dazu kann man im Moment nur eines sagen. Die politisch Verantwortlichen haben die o.g. „Risiko-Analyse“ von 2012 zur Kenntnis genommen. Die Politik des Kaputtsparens gegen das Gesundheitssystem wurde dennoch konsequent fortgesetzt. Der Investitionsstau bei den Krankenhäusern ist auf fast 40 Milliarden Euro (DGB) angewachsen; die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern sind so untragbar, dass ca. 200.000 ausgebildete Beschäftigte den Gesundheitssektor verlassen haben.

Es sind diese Bedingungen, die Konsequenz der Agenda-Politik, die die verheerende Ausweitung des Corona-Virus fördern. g.k.

## JETZT EIN ABO

Name:, Adresse:

**Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement für ein Jahr:**

- ◇ 50 € Normal-Abo
- ◇ 30 € Ermäßigtes Abo
- ◇ 100 € Spendenabo

**Zahlungsweise:**

- ◇ einmalig
- ◇ in 4 Raten zu \_\_\_\_\_

**Per Überweisung** auf das Konto C. Boulboulé, BIC: BEVODEBB IBAN:

DE42 1009 0000 5629 4550 02

**Oder** Schickt mir die Unterlagen für ein **Sepa-Lastschriftenmandat**.



## Wir brauchen ein Notprogramm zur Rettung und Wiederherstellung der Gesundheitsversorgung auch in Hessen

Der Präsident des Robert-Koch-Instituts und die Bundesregierung fordern von den Krankenhäusern die Verdoppelung der Intensiv-Kapazitäten, um die zu erwartenden Infizierten behandeln zu können. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft erklärt, dass dies unter den derzeitigen Bedingungen nicht erreicht werden kann.

Die erste Konsequenz ist, dass anstehende Operationen verschoben werden. Patient\*innen werden also nicht behandelt. Die Hausärzte kommen den Tests nicht nach, Tests fehlen, wegen der „in-time-Lagerhaltung“. Tests, Mundschutz, Kittel, Desinfektionsmittel, Beatmungsgeräte sind aufgrund der Sparpolitik im Gesundheitswesen nicht auf Vorrat gehalten worden. Gesundheitsökonom Bernd Schmidbauer (Sendung HR-Frontal 16.3.) fordert die Rückkehr zur bedarfsgerechten Vorratshaltung.

Die größte Bedrohung geht jedoch davon aus, dass die Corona-Pandemie auf kaputtgesparte kommunale soziale Infrastruktur und auf Krankenhäuser mit Personalnotstand trifft. Und auf eine unterfinanzierte Krankenversicherung, der durch die Ausweitung der Niedriglöhne und Billigjobs die Beitragseinnahmen wegbrechen. Bundesgesundheitsminister Spahn (CDU) wälzt die Kosten für Maßnahmen gegen die Personalnot auf die Rücklagen der Krankenkassen ab.

Wir haben im ver.di Landesfachbereichsvorstand Hessen in Gladenbach am 25.02., d.h. am Vorabend der Corona-Krise, die Konsequenzen der Maßnahmen des Spahnschem Pflege"schwächungs"sgesetzes bilanziert. Die für 2020 angekündigten zusätzlichen Stellen kommen in den Krankenhäusern nicht an. Nach den Berichten aus den hessi-

schen Kliniken haben wir festgestellt, dass es nicht erst seit Corona ein „Burn-out der Gesundheitsversorgung“ gibt. Die Untergrenzen-Verordnung (PpUGV), die Spahn für die „pflegesensitiven“ Bereiche, wie die „Intensivmedizin“, erlassen und am 3.3. wieder ausgesetzt hat, führte vorher schon einerseits zur Schließung von Stationen, die jetzt in der Krise dringend benötigt werden, und zum „Absaugen“ des Personals aus den anderen Stationen, die nicht von der PpUGV betroffen sind. Dort haben wir den „Kollaps auf den Stationen“, wie die Kolleginnen feststellten.

Wir befürchten, dass im Windschatten der Corona-Krise, in der zu provisorischen Lösungen gegriffen wird, der Pflegenotstand nicht gelöst und die Ausgliederungen von nicht-pflegerischen Bereichen weiter fortgesetzt wird. Wir brauchen für das Gesundheitswesen politische Entscheidung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die zur Flucht des Pflegepersonals aus dem Beruf führen, ausgegliederte Bereiche müssen wieder in den Krankenhausbetrieb zurückgeführt werden.

**Wir brauchen ein Notprogramm über die Corona-Krise hinaus zur Wiederherstellung der flächendeckenden Gesundheitsvorsorge auch in Hessen.**

Als politisch engagierte Gewerkschafter\*innen fordern wir deshalb die öffentliche Finanzierung der 12.000 benötigten Stellen in Hessen (das kostet Hessen 750 Mio. Euro) und die vollständige Übernahme der Investitionskosten (10 % des Krankenhausumsatzes) durch das Land Hessen.

Zur Wiederherstellung der Funktionsfä-

higkeit unserer Krankenhäuser akzeptieren wir keine Fortsetzung der Kaputt-Sparpolitik und Unterwerfung unter die Schuldenbremse. Das Land kann sich die Gelder aus der „Konzertierten Aktion Pflege“ der Groko holen.

Trotz Corona-Krise gibt es keine politischen Maßnahmen gegen den spekulativen Weiterverkauf der privatisierten Unikliniken Gießen-Marburg des Rhön-Konzerns an den Lohndumping-Konzern Asklepios, wo die Kolleg\*innen für die Bezahlung nach dem Flächentarifvertrag des ÖD kämpfen.

2018 hat das UKGM (850 000 Patienten) mit einem Gewinn von 51,2 Millionen Euro abgeschlossen. Der Umsatz stieg um rund 2 Prozent auf 1,23 Milliarden Euro. Nach der Mehrheitsübernahme hatte Rhön 2017 eine Vereinbarung zur Forschungsfinanzierung mit dem Land Hessen geschlossen. Demnach verpflichtete sich Hessen, für Forschung und Lehre zusätzliche 20 Millionen Euro zu zahlen.

Schon der Verkauf der Unikliniken an den Rhön-Konzern führte zur Einschränkung der Ausbildung und wichtiger Bereiche der Forschung (Partikeltherapie). Das zeigt, wie Privatisierung schadet: Gewinnmaximierung und Spekulation mit der öffentlichen Gesundheitsvorsorge geht auf Kosten des politischen Auftrags der Vollversorgung für die Bevölkerung.

**Notwendig ist der Stopp der Spekulation auf Kosten der öffentlichen Gesundheitsversorgung!**

**Die Landesregierung ist verantwortlich, die Uni-Kliniken entschädigungslos zum Land zurückholen.**

*Michael Altmann*

Hessen

## Demontage der schulischen Bildung im Schatten der Corona-Krise

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise hat auch das Land Hessen beschlossen, ab Montag, den 16.03., die Schulen zu schließen. Ob die schriftlichen Abiturprüfungen durchgeführt werden, ist noch nicht absehbar. Angesichts der Coronavirus-Krise suchen viele Schulen nach einer technischen Lösung, um Schülerinnen und Schülern von zu Hause aus Zugriff auf Lernmittel zu ermöglichen. Aber die Mediathek, das Angebot des Medieninstituts der 16 Länder (FWU), ist aufgrund technischer Kapazitäten derzeit auf 500 Schulen begrenzt. Die Krise soll für eLearning, das die Lehrer\*innen ersetzen soll, genutzt werden, aber die Computer oder

WLAN-Anschlüsse sind nicht vorhanden, die Eltern sollen das bezahlen. Vor allem aber trifft Corona hier wegen Lehrer\*innenmangel auf überforderte Schulen.

**„Lehrkräfte schlagen Alarm wegen Überlastung an Frankfurter Schulen“**  
(Frankfurter Rundschau 13.3.2020)

Zum Hintergrund: „Zu große Klassen, zu wenige Förderlehrerinnen und -lehrer, zu lange Arbeitszeiten, eine gestiegene Anzahl an bürokratischen Aufgaben – die Lehrerinnen und Lehrer der Gesamtschulen fühlen sich überlastet und haben das dem Kultusministerium angezeigt. Und zwar nicht zum ersten Mal. Fünf

Fortschreibungen sogenannter Überlastungsanzeigen seien in den vergangenen Wochen eingegangen, sagt die Leiterin des Staatlichen Schulamts Frankfurt. Mit Überlastungsanzeigen weisen die GEW-Personalräte ihren Arbeitgeber darauf hin, dass ihre Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz gefährdet sind. Sie seien nicht in der Lage, ihre Arbeit vollständig und in qualitativ angemessener Weise auszuführen. Dadurch sähen die Lehrer\*innen nicht nur ihre eigene Gesundheit gefährdet, Schülerinnen und Schüler könnten vor allem nicht mehr die optimale Unterrichtsqualität, Betreuung, Beurteilung und Aufsicht erhalten. Für mehr Lehrkräfte und Renovierung der

maroden Schulen engagieren sich vor allem die Eltern. So immer wieder auch gegen die katastrophalen Hygienebedingungen in den Schultoiletten.

**Der aktive Widerstand gegen die Kaputt-Sparpolitik kommt von den Eltern, Lehrer\*innen und Schüler\*innen: Sie akzeptieren nicht länger, dass ihre Schulen zur Ruine verkommen.**

Jahrelang warten sie auf die Renovierung der Ernst-Reuter Schule (ERS), die in den 1960er Jahren als sozialdemokratisches Vorbildprojekt gegen den Widerstand der CDU in Hessen durchgesetzt und gebaut wurde. Während die benachbarte moderne Europäische Schule (ESF) mit Bundes- und EU-Mitteln immer weiter ausgebaut wird, verkommt die öffentliche Schule zusehends. Schüler\*innen, Elternvertreter\*innen und Lehrer\*innen der ERSen akzeptieren dies nicht länger! Sie haben ihre Forderungen an die SPD-Dezernentin gerichtet. Noch vor Weihachten haben sie eine Menschenkette und eine Demonstration durch ihren Stadtteil organisiert, um auf die Misere aufmerksam zu machen:

**Was tun SPD-Bildungsdezernentin und der SPD-Oberbürgermeister seitdem?**

Sie verweisen auf den CDU-Dezernenten, der für die Sanierung verantwortlich ist. Dieser vermeldete, dass der Magistrat 2019 die 160 Mio., die für die Sanierung aller Frankfurter Schulen vorgesehen waren, ausgeschöpft habe. Aber der Sanierungsbedarf an den Frankfurter Schulen liegt in Mrd.-Höhe. Die SPD-Dezernent\*innen haben bisher keine Initiative für ein Notfallprogramm zur Wiederherstellung der Frankfurter

Schulen ergriffen. Damit unterwerfen sie die Schulen der Kaputtspartpolitik, die das Land Hessen (CDU-Grüne-Regierung) den Kommunen und Landkreisen diktiert.

Laut Amtsblatt der Stadt soll die Sanierung der Schulen erst 2029 fertiggestellt sein. Der Stadt fehlen nicht nur die Gelder, sondern auch die personellen Kapazitäten in den Bauämtern, um ein solches Notfallprogramm überhaupt stemmen zu können. Das ist die Konsequenz der personellen Ausblutung der Stadtverwaltung.

### **Auch die Lehrer\*innen geben nicht auf**

Die Personalversammlung der Lehrer\*innen der ERS'en hatte am 28.01. ihre Forderungen beschlossen:

**- Sofortige Bereitstellung der Haushaltsmittel zur Erweiterung und Sanierung der beiden ERSen! Eine Sanierungsdauer bis 2029 ist inakzeptabel!**

Der Vorsitzende der GEW Frankfurt unterstützte die Forderungen der Schulgemeinde. Die GEW-Delegiertenversammlung am 9.3. beschloss einstimmig eine Erklärung, die von der Römer-Koalition die sofortige Umsetzung der Forderungen Lehrer\*innen der ERSen erwartet.

### **Der Kampf der Eltern, Lehrer\*innen und Schüler\*innen geht weiter**

Die Eltern haben sich mit weitergehenden Forderungen über das „Bürgerportal“ der Stadt Frankfurt und durch Delegationen in den Bildungsausschuss an den Magistrat gerichtet, dort fordern sie neben der Verbesserung der Ver-

kehrsanbindung und der sofortigen Renovierung der Schule, des Schwimmbades und der Turnhallten :

- keine Erhöhung der Klassengröße auf 27 Schüler und Schülerinnen
- keine Förderstunden- Reduktionen

*„Es wird Zeit für ein klares Bekenntnis des Magistrates der Stadt Frankfurt am Main, dass die ERS in ihrer Schulpädagogik NICHT weiter eingeschränkt und eine zügige Umsetzung der Planungsphase 0 verbindlich angestoßen wird.“*

Durch den politischen Druck der Eltern und Lehrer\*innen und mit Unterstützung engagierter SPD-Eltern, die Kinder an der Schule haben, ist die SPD-Dezernentin gezwungen, auf eine Veranstaltung in den Stadtteil zu kommen, um sich das Mandat zu holen, sich endlich gegen die CDU im Magistrat für die Schule durchzusetzen.

*Lothar Ott (GEW, SPD)*

## **„Sie sorgen für Verunsicherung und Panik“**

Interview mit Miguel Góngora, Vorsitzender des Berliner Landeschülersausschusses

**Frage: Wie reagieren die Schüler\*Innen an den Berliner Schulen auf den Corona-Virus?**

**Antwort:** Die Schüler\*Innen können nicht nachvollziehen, warum das Thema eine derart große Relevanz hat, da es sie geringfügig betrifft und die Schule nicht über das Virus, die Symptome und mögliche Konsequenzen für ältere Menschen aufklärt. Mehr als 78 Prozent gaben in einer Umfrage des Landeschülersausschusses Berlin an, dass sie sich unvorbereitet und uninformiert fühlten. Informationen der Gesundheits- und Bildungsverwaltung zur Prävention und zum Umgang mit der Situation seien bei ihnen nicht angekommen. 70 Prozent gaben an, dass im Unterricht keine Auf-

klärung stattgefunden habe. An der Umfrage haben rund 3000 Schülerinnen und Schüler aus allen Bezirken teilgenommen.

Auch in Berlin breitet sich das Virus weiter aus. Drei Schulen, eine Grundschule und zwei Oberschulen mussten bereits vorläufig den Schulbetrieb einstellen (\*), aufgrund der erhöhten Gesundheitsgefährdung durch den Bezug zu einzelnen Kontaktpersonen der Infizierten. Meiner Meinung nach ist aus den Ergebnissen und den in den Schulen stattfindenden Ereignissen eine große Unsicherheit zu erkennen.

**Frage: Wie habt ihr als Vorstand des Landeschülersausschusses reagiert?**

**Antwort:** Wir haben uns mit der Lage

beschäftigt und sofort die o.g. Umfrage durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, dass 27% der Schüler\*innen auf das Waschen ihrer Hände nachdem Aufsuchen einer Toilette verzichten. Wir sind auch der Meinung, dass diese Zahl höher ist, da nicht jeder freiwillig angibt seine Hände nicht zu waschen. Knapp 52 Prozent gaben an, dass es in ihren Schultoiletten keine Seifenspender gebe, 66 Prozent sagten, dass es keine Papierhandtücher gebe. Rund 61 Prozent gaben an, dass die Toiletten unhygienisch seien. Nur sieben Prozent waren mit dem Zustand der Schultoiletten zufrieden.

**Frage: Was fordert ihr?**

**Antwort:** Wir fordern die sofortige Ausstattung aller Schulen mit den benö-

tigten Hygieneartikeln, also Papierhandtücher, gefüllte Seifenspender und am besten überall warmes Wasser. Auch Anleitungen zum Hände-Waschen für die Schüler\*innen sollten vorhanden sein. Dadurch können wir das Infektionsrisiko an den Berliner Schulen drastisch senken. Die Ausstattung der Toiletten soll durch das Schulpersonal regelmäßig überprüft werden, sodass fehlende Ausstattung nicht mehr Gang und Gebe sein kann.

Wir wollen Panik und Hysterie vermeiden, aber dafür ist eine gute Aufklärung notwendig. Im Unterricht müssen die Schüler\*Innen über das Virus, dessen Risiken und Symptome, die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und die Pläne des Senats informiert werden.

Schüler\*Innen hätten außerdem bei der Entscheidung die Schulen zu schließen, beteiligt werden müssen. Die Entscheidung wurde intransparent und widersprüchlich vermittelt. Sie sorgte für Panik, Hysterie und eine Welle von Unklarheit und Unsicherheit. Sollten Schulschließungen aufgrund von Infektionskrankheiten als Handlungsoption vom Senat betrachtet werden, müssen Schüler\*Innen frühzeitig in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

**Frage: Seid Ihr über die Notstandssituation an den Krankenhäusern und in den Gesundheitsämtern informiert, über Pflegenotstand und Ärztemangel? Könnten die Schüler, Eltern, Lehrer nicht einen solidarischen Platz einnehmen an der Seite der Beschäftigten in den Krankenhäusern, die gegen**

**diese katastrophale Situation kämpfen, um die Gesundheitsversorgung zu sichern?**

**Antwort:** Derzeit wird überall vermittelt, dass unsere Krankenhäuser auf die Ausbreitung des Coronavirus vorbereitet sind. Ich positioniere mich entschieden dagegen, da ich die Kommerzialisierung der Krankenhäuser für nicht zielführend erachte und jetzt erst über den Zustand unseres Gesundheitssystems gesprochen wird und nicht etwa dann, wenn man hätte präventiv handeln können.

Eigentlich alles Selbstverständlichkeiten, die nicht selbstverständlich sind.

\*Das Interview wurde am 11. März gemacht. Vom 17. März an wurden die Berliner Schulen geschlossen.

## Respekt vor der Tarifautonomie heißt auch Respekt vor den bestehenden Flächentarifverträgen

Bei einem Treffen des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses *Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin* (GA) am 9. März standen Berichte und Diskussionen zum aktuellen Stand der Tarifaufeinandersetzung bei der Charité-Tochter CFM und bei der Fridericus Servicegesellschaft, Ausgründung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, im Zentrum.

In der Diskussion zeigte sich in beiden Fällen einmal mehr (auch wenn in die Verhandlungen bei der CFM Bewegung gekommen waren), dass die Geschäftsführungen alles dafür tun wollen, jeglichen Bezug zu den Flächentarifverträgen TVöD bzw. TV-L zu vermeiden, ja zu verhindern.

Hinsichtlich der „Tarifinitiative Fridericus - TV-L für alle“ wurde im Brandenburger Landesparslament der Antrag der Linken, die Aufnahme von Tarifverhandlungen mit ver.di zu unterstützen, von den Regierungsfractionen abgelehnt mit dem Argument, „die Tarifautonomie müsse respektiert werden“ und eine Einmischung von politischer Seite verbiete sich. Durch diese Ablehnung von Seiten der SPD, Grüne und CDU fand der Antrag der Linken keine Mehrheit im Landtag. Mit dem vermeintlichen „Tarifautonomie-Argument“ waren die im GA aktiven Kolleginnen und Kollegen vor Jahren ebenfalls in vielen Bereichen konfrontiert. Sie dachten, es spielt keine Rolle mehr, doch nun, in neuen Auseinandersetzungen taucht

es wieder auf.

Deshalb haben Kolleginnen und Kollegen, die im GA aktiv sind, aus ihren Erfahrungen heraus einen Argumentationsbeitrag für die Diskussion und die Auseinandersetzung zur Beantwortung zweier zentraler Fragen erstellt: Warum die Forderung nach „TVöD bzw. TV-L für Alle?“ Was heißt „Respekt der Tarifautonomie“?

Wir veröffentlichen diesen Argumentationstext an dieser Stelle, weil er einer wichtigen Diskussion dient, die auch in dieser Zeitschrift geführt wurde und weiter geführt werden soll. vp

### Warum die Forderung nach „TVöD bzw. TV-L für Alle“?

Als eine der zentralen Forderungen für alle Beschäftigten in Landesverantwortung hat sich die Forderung nach „TVöD/TV-L für Alle“ herausgebildet. Diese Forderung wurde in den Kämpfen entwickelt und hat auch entsprechend ganze Belegschaften mobilisiert.

Dafür gibt es gute Gründe.

Das beginnt beim **Lohn**. Bei den aus-

gegründeten Betrieben liegt der Lohn meist zwischen 500 € bis 1000 € niedriger als im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes.

Zugleich sind im **Manteltarifvertrag** zahlreiche Fragen wie Arbeitszeit, Urlaubsanspruch, Zulagen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld usw. besser geregelt als in ausgegründeten Betrieben. Nicht zu vergessen ist die Rentenzusatzversicherung VBL, die zumindest die Gefahr, in Altersarmut zu fallen, vermin-

dert.

Die Forderung nach TVöD und TV-L bedeutet eine Kampfansage an Niedriglohn und Altersarmut.

Zugleich wird mit dieser Forderung die öffentliche Daseinsvorsorge verteidigt. Denn überall fliehen die Kolleg\*innen aus der prekären Arbeit und verlassen die Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das verschärft z.T. dramatisch den Personalmangel.

Nicht zuletzt heißt die Erfüllung der Forderung nach TVöD und TV-L die

Fortsetzung von Seite 11: TVöD für Alle...

Integration der Kolleg\*innen in die **Kampfkraft der Gewerkschaft**, in die **Einheit** aller Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das stärkt die Kraft der Gewerkschaften als Garanten des TVöD und TV-L.

Völlig zu Recht ist der TVöD und TV-L das Ziel für alle Kolleg\*innen in den ausgegliederten Betrieben - als erster Schritt für ihre Reintegration in den Mutterbetrieb.

### Was heißt „Respekt der Tarifautonomie“?

Von Abgeordneten und Regierungsvertretern wird oft das Argument vorgebracht, man respektiere die Tarifautonomie und könne deshalb nicht den Kampf für Tarifverträge unterstützen.

Tarifautonomie ist das Recht, frei von staatlichen Eingriffen über Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu entscheiden

und insbesondere Tarifverträge über Arbeitsentgelt und Arbeitszeit abzuschließen.

Wahrlich, das ist ein hohes Gut. Erst einmal ist das ein Recht, das sich auf die Privatwirtschaft bezieht. Im öffentlichen Dienst wurde es auch geregelt. Es finden Tarifverhandlungen statt und zwar zwischen den Gewerkschaften, hauptsächlich von ver.di, sowie den Verbänden der öffentlichen Arbeitgeber, der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und der kommunalen Arbeitgeber (VKA).

Bei den ausgegliederten Betrieben sind zumeist die Geschäftsführungen dieser ausgegliederten Betriebe die Verhandlungspartner. Die sind aber vollständig abhängig von den öffentlichen Auftrag-

**„Als wir im Botanischen Garten den Kampf begonnen haben, habe ich pro Stunde den Mindestlohn von 8,50 € erhalten, heute bekomme ich nach TV-L 15,63 €. Ein Kampf der sich gelohnt hat. Endlich normale Verhältnisse bei uns!“**

Ronald Tamm,  
Besucherservice beim  
Botanischen Garten Berlin,  
heute zurückgeführt in die  
Freie Universität

gebern, also den politischen Verantwortlichen, die die „eigentlichen Arbeitgeber“ sind. Deshalb haben sich die Kolleg\*innen der ausgegliederten Betriebe oftmals im Kampf zu Recht an diese „eigentlichen Arbeitgeber“ gewendet.

Wenn es um den Respekt der Tarifautonomie geht, verlangt dies auch den Respekt vor den bestehenden Flächentarifverträgen, also

TVöD und TV-L.

Das zu trennen ist unmöglich.

Jene öffentlichen Arbeitgeber, die Tariffucht begehen, respektieren nicht nur den Flächentarifvertrag nicht, sondern auch nicht die Tarifautonomie.

## Reha stärken mit Bezahlung nach TVöD und mehr Personal

Interessenvertretungen von Rehabilitations-Einrichtungen (Median, Celenus, Vamed und Sana) fordern bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal. Ver.di unterstützt diese Forderungen mit ihrem ver.di Newsletter vom 12.03.2020. Bei Vivantes steht der gemeinsame Tarifkampf fast aller Tochterbetriebe an.

In den deutschen Rehabilitationseinrichtungen fehlen überall Pflegekräfte, Ärzt\*innen, Psycholog\*innen und Fachkräfte anderer therapeutischer Berufe, wie der Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie.

Die Arbeitsverdichtung und -Intensität nehmen aufgrund der Mehrfacherkrankungen der Rehabilitand\*innen bereits zu und werden in den nächsten Jahren weiter steigen, wobei die Bezahlung sehr gering ist. Einstiegsgehälter für Therapeut\*innen unter 2.000€ sind keine Ausnahme.

Betriebsräte haben sich in einem gemeinsamen Brief an den Gesundheitsminister und andere Politiker gewandt und fordern eine auskömmliche und zweckgebundene Finanzierung für alle ihrer Einrichtungen.

Wie in der *Soziale Politik & Demokratie* berichtet (Nr. 422 u 424, S 8) haben sich bei Vivantes die Tochtergesellschaft Rehabilitation nach dem Nachtragshaushaltsbeschluss des Abgeordnetenhauses mit den anderen Kolleg\*innen der tariflosen Tochtergesellschaften gewerkschaftlich organisiert und eine gemeinsa-

me Tarifkommission gegründet.

In der ver.di Mitgliederversammlung vom 26.02. gaben die Kolleg\*innen der Tarifkommission ohne lange Diskussion den klaren Auftrag: Wir wollen den TVöD! Positiv ist, dass die ver.di Bundesebene hier den Kampf um mehr Gehalt und mehr Personal verbunden sieht, denn das stärkt die Position der Vivantes Kolleg\*innen für den bevorstehenden Arbeitskampf.

In einem Treffen einer Delegation von Rehakolleg\*innen mit einer Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses am 10.03. war man sich nach einer gemeinsamen Diskussion schnell einig, dass die Forderung nach TVöD gerechtfertigt ist.

Eine Rückeingliederung der tariflosen Töchter in den Mutterbetrieb Vivantes, wie es bei Vivantes Therapeutische Dienste und den Charité Therapeut\*innen bereits erkämpft ist, wäre das nicht auch ein Ziel? Sie hätten dann endlich den TVöD in der Tasche.

Die bevorstehende TVöD – Runde sollte die Tochterbetriebe bei den Warnstreiks aktiv einbeziehen. Die Forderung nach mehr Personal gehört dazu; die Corona Epidemie beweist es: für ein funktionierendes Krankenhaus oder Rehaeinrichtung braucht es gut bezahlte Fachkräfte und ausreichend Personal, für die Refinanzierung muss der Staat schon sorgen.

CRS

### Rund 1 Million Menschen...

in Deutschland sind „Aufstocker“ – trotz der Existenz des Mindestlohns seit 1.1.2015. Darunter haben weniger als 200.000 eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle.

Deutlich mehr als 10 Millionen Arbeitnehmer\*innen verdienen weniger als 12 Euro pro Stunde. Das sind 30 Prozent aller Lohnabhängigen. 12 Euro, das ist der Stundenlohn, den ein Beschäftigter in 45 Beitragsjahren erhalten müsste, um im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen zu sein.

#### In der nächsten Ausgabe der *Sozialen Politik & Demokratie*...

... wollen wir eine Bilanz ziehen, ob und inwieweit der Mindestlohn Schutz vor Niedriglohn und Tariffucht geboten hat – fünf Jahre nach seiner Einführung am 1. Januar 2015 und nach fünfzehn Jahren Gültigkeit von Hartz IV seit dem 1. Januar 2005.

## „Wir wollen in Frieden leben“

So ist es auf Plakaten zu lesen, die die Flüchtlinge an der griechisch-türkischen Grenze über den Drahtverhau halten. Am 6. März drängten Hunderte Flüchtlinge zur Grenze und riefen: „Freiheit!“, „Frieden!“ und „Macht die Tore auf!“

Diese Hunderte Flüchtlinge, die in Frieden leben wollen, die einfach leben wollen, drücken das Gefühl von Millionen von Flüchtlingen aus, die Opfer der imperialistischen Kriege geworden sind.

Die Tausende von Flüchtlingen, die seit Anfang März zur griechisch-türkischen Grenze strömen, werden von den Regierungen der Türkei und Griechenlands als Manövriermasse missbraucht.

Ein syrischer Flüchtling, der bereits seit fünf Jahren in Istanbul untergekommen war, berichtete der AFP in der Nähe eines Grenzorts: „Gestern haben uns die Türken aus dem Haus gejagt, sie haben uns unser Geld und unsere Handys abgenommen und uns zur Grenze verfrachtet.“

Und dort, an der griechischen Grenze, sollen, so die investigative Website Belingcat, „die griechischen Sicherheitskräfte Tränengas eingesetzt haben, ganz ähnliche wie die, die im Irak zahlreiche Demonstranten schwer verletzt oder sogar getötet haben“.

Seit einer Woche ist die griechische Grenzzone im Belagerungszustand, die Sicherheitskräfte werden dauernd verstärkt. Die Polizei und die griechische Armee erhielten dabei in dieser Woche immer mehr Unterstützung von allen führenden Imperialisten:

- am 3. März sagte Trump den Griechen seine Unterstützung zu und ermutigte sie, ihre Grenzen zu schützen. Am selben Tag begab sich die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, zu einem Grenzposten bei Kastanies und erklärte dort: „Es ist unsere Priorität sicherzustellen, dass die Ordnung an der griechischen Grenze aufrechterhalten wird, die genauso eine europäische Grenze ist“;

- am 4. März kamen die 27 Innenminister der EU zu einer Dringlichkeitssitzung in Brüssel zusammen, wo sie erklärten, dass „die Situation an den Außengrenzen der EU nicht akzeptabel“ sei;

- am 6. März trafen sich dann die 27 EU-Außenminister. Der Außenbeauftragte der EU, Josep Borrell, wandte sich folgendermaßen an die Flüchtlinge:

„Gehen Sie nicht zur Grenze! Die Grenze ist nicht offen. Vermeiden Sie eine Situation, in der Sie in Gefahr geraten könnten“;

- und am 9. März reiste der türkische Ministerpräsident Erdogan nach Brüssel, um die Spitzen der EU zu treffen. Der türkische Außenminister Cavusoglu resümierte das Treffen so: „Wenn es uns gelingt, bis zum 26. März (Termin des nächsten europäischen Gipfels, die Red.) eine Übereinkunft zu finden, wird diese auf dem Tisch liegen.“ Bis zum 26. März? Und was soll bis dahin mit den Tausenden Flüchtlingen werden, die zwischen der türkischen und der griechischen Armee eingeklemmt sind?

Die Demonstranten in Athen ihrerseits (siehe Artikel unten) öffnen den Weg der Solidarität zwischen den Völkern.

Griechenland: Demonstration in Athen

## Solidarität mit den Flüchtlingen, die „dort unten bombardiert und hier eingesperrt werden“

Seit Jahren werden Flüchtlinge und Migrantinnen in den „hot spots“ auf den griechischen Inseln unter unbeschreiblichen Bedingungen zusammengepfercht, die von NGOs verwaltet und von der EU und den Vereinten Nationen finanziert werden. Konzipiert für zwei- oder dreitausend Personen, sind sie zu völlig überbelegten schrecklichen Konzentrationslagern mutiert. Moria auf Lesbos zum Beispiel zählt heute mehr als 20.000 Männer, Frauen und Kinder, die allen möglichen

Schiebereien ausgeliefert sind. Angeblich um diese Katastrophe zu beenden, die auch die einheimischen Bewohner der Inseln in eine schwierige Situation gebracht hat, beauftragte die Regierung drei private Gesellschaften damit, auf Lesbos und Chios geschlossene und dauerhafte „Haftlager“ einzurichten. Als sich die Bewohner dem widersetzen, rückten Sicherheitskräfte an, um sie zu unterdrücken.

Die meisten Flüchtlinge wurden auf die Inseln abgeschoben, wo sie schon seit Jahren darauf warten, dass ihre Asylanträge bearbeitet werden. Das aber wird absichtlich immer wieder hinausgezögert, denn, wie es in einer Erklärung der Volkseinheit heißt: „die griechischen (und türkischen) Regierungen haben die Rolle der Gendarmen der Festung Europa übernommen und hindern die Opfer der imperialistischen Kriege (...) daran, in Europa ein Leben in Sicherheit zu finden (...). [Gemäß den] EU-Tunesien- und den Dublin-Abkommen sollen die Flüchtlinge davon abgebracht werden, in andere europäische Länder zu gelangen,

Demonstration in Athen am 5. März 2020

wie die überwältigende Mehrzahl von ihnen es wünscht. Die vorherige Regierung, Syriza, hat dieses schändliche gegen die Flüchtlinge gerichtete Abkommen nicht nur akzeptiert, sondern sogar federführend mit ausgearbeitet.“

In ihrer Erklärung vom 1. März prangert die Neue Linke Strömung (NAR) sinngemäß an, dass in den letzten Tagen das Regime Erdogan die verzweifeltsten Flüchtlinge als Bauernopfer benutzt, um von der EU und der Nato mehr Geld und Unterstützung für seine Intervention in Syrien zu erhalten. So werden die Flüchtlinge – oft mit Gewalt – Richtung Grenze und auf die Inseln getrieben, besonders Rich-

tung griechisch-türkischer Nordwest-Grenze in Thrakien. Die türkische Polizei, die ihnen vormachte, die europäischen Grenzen seien offen, brachte sie zu Tausenden mit Bussen in die Nähe des Flusses Evros. Diese versuchten an mehreren Stellen, ihn zu überwinden. Der Aufruf der NAR fährt fort: „Die Tragödie, die in diesen Tagen die Flüchtlinge entlang der ganzen Grenze durchleben, stellt den Höhepunkt der barbarischen Politik von Nea Dimokratika, Syriza, EU und Nato dar.“ Die griechische Regierung hat beschlossen, die Bearbeitung der Asylanträge auszusetzen und alle, die illegal griechisches Territorium betreten, zurückzutreiben.

Auch die Erklärung der Volkseinheit verurteilt eine Entscheidung als „illegal, (die) die Verfassung des Landes und das internationale Flüchtlingsrecht bricht“.

Als Antwort auf die Regierung, die ihre Bereitschaftspolizei und Armee schickt, um die „Invasion“ von einigen Tausend Migranten zurückzudrängen, und auf die von den Medien erzeugte alarmierende Atmosphäre haben am Donnerstag, den 5. März – einem Aufruf von Andarsia, zahlreichen Gruppen und Linken Organisationen, darunter Volkseinheit, und NAR folgend - Tausende Athener demonstriert, um „eine Barrikade der Solidarität mit den Flüchtlingen und Migranten zu errichten, gegen die griechische und die türkische Regierung, die EU, gegen Rassismus, gegen Faschismus, Imperialismus und Krieg“.

Auch die Jugendorganisation von Syriza hatte ihre Teilnahme angekündigt. In Sprechchören forderten die Demonstranten „Offene Grenzen in ganz Europa“, „Nie wieder und nirgendwo Konzentrationslager, weder geschlossene noch offene“, „die Migranten sind unsere Klassenbrüder“, „Kinder sind keine Eindringlinge“. Auf einem Spruchband war zu lesen: „Der Krieg gegen die Migranten ist ein Krieg gegen uns alle“. Ein Artikel des Journals AVGI wies besonders auf das Motto auf dem Spruchband am Kopf des Demonstrationzuges hin. Es besagte, dass die Organisatoren „die reaktionären Dublin- und EU-Türkei-Abkommen“ ablehnen und Nein sagen zu „Krieg, Faschismus und Repression“. Zwei Hauptlosungen waren zu hören: „Die Migranten sind die Verdammten dieser Erde“ und „dort unten bombardiert, hier eingesperrt“.

Eine weitere massive Demonstration

gab es in Saloniki.

In ihrer Analyse der internationalen Situation betont die NAR die Verantwortung der Vereinigten Staaten, der EU und Nato, die Syrien und den Irak zerschlagen, um auf deren Energiequellen zugreifen zu können und die Transportwege für Erdöl und Erdgas zu legen; das Engagement ihrer Rivalen wie Russland macht die Entwicklung noch explosiver. Der Kampf des Volkes gegen den Krieg muss eine solche Entwicklung für unser Land verhindern und dazu beitragen, die Fackel des Krieges in unserer Region zu ersticken.

Die Erklärung endet mit einigen Losungen, darunter:

**„Die Kraft der Solidarität muss sich an die Spitze setzen und die gegen die Flüchtlinge gerichtete Politik stoppen. Niemand soll rechtlos sein in Griechenland. Aufnahme, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Asylrecht, Hilfe bei der Integration der Flüchtlinge. Weiterreisemöglichkeit für die Flüchtlinge in die Länder ihrer Wahl, ob in Europa oder woanders.“**

**Schluss mit der Kriegspropaganda.**

**Wir unterstützen den Kampf der Jugend - innerhalb und außerhalb der Armee – dafür, dass die Soldaten nicht weiter gegen Flüchtlinge eingesetzt werden.“**

Korrespondent

### Einsatz der Bundespolizei gegen Flüchtlinge in Griechenland

Die griechische Regierung hat Anfang März beschlossen, man werde „für einen Monat keine neuen Asylanträge annehmen“. Damit hat sie das Grundrecht auf Asyl aufgekündigt

Stattdessen will die Regierung die Abschreckung an den griechischen Grenzen „auf das Maximum erhöhen“. Die Grenzübergänge an der griechischen Landgrenze zur Türkei wurden geschlossen. „Auf Flüchtlinge, die sich der Grenze nähern, wird mit Tränengas und Gummipartikeln geschossen. In der Ägäis werden Flüchtlingsboote Richtung Türkei zurückgedrängt. Wenn Flüchtlinge eine der Inseln erreichen, werden sie inhaftiert, um sie ungeprüft wieder abzuschieben“, berichtet das Redaktionsnetzwerk Deutschland, RND, am 9.3.20. Von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, lobt die Soldaten für diesen brutalen Grenzschutzeinsatz.

Während Zehntausende von Flüchtlingen an der griechisch-türkischen Grenze unter katastrophalen Bedingungen, viele traumatisiert, festgehalten werden, erklärte **Bundeskanzlerin Merkel** auf dem Deutsch-Griechischen Wirtschaftsforum am 9. März: Griechenland nehme mit dem Schutz der europäischen Außengrenze eine große Verantwortung wahr. Dafür verdiene es „unsere volle Solidarität und unsere volle Unterstützung“.(!)

**Die deutsche Bundespolizei muss bei der Frontex-Mission griechische Befehle ausführen.**

Die EU ist entschlossen alle Mittel einzusetzen, um Länder mit unter Druck stehenden Grenzabschnitten zu unterstützen. Dazu gehört auch ein bereits zugesagter Soforteinsatz von Beamten der EU-Grenzschutzbehörde Frontex sowie technische Unterstützung.

### „Neue Stufe“ für EU-Türkei-Flüchtlingsdeal

Im März 2016 wurde der von Merkel eingefädelt „Flüchtlingsdeal“ zwischen Erdogan und der EU abgeschlossen. Egal welcher politischen Verbrechen er sich schuldig macht - die EU und Merkel haben nicht gezögert, mit insgesamt sechs Mrd. Euro gewaltsame Abwehrmaßnahmen gegen die vor Krieg und sozialem Elend geflohenen Menschen von Erdogan zu erkaufen.

Auf dem Deutsch-Griechischen Wirtschaftsforum am 9. März 2020 betonte Merkel, sie setze sich mit ganzer Kraft dafür ein, „dass das EU-Türkei-Abkommen in eine neue Stufe überführt werden kann“. Ihr Ziel sei es, „Flucht und Migration zu ordnen, zu steuern und zu reduzieren“. Über das Geld, auch über eine Unterstützung durch die EU über die zwei Mal drei Milliarden hinaus, würde man reden können, hatte Merkel bei ihrem Besuch in Istanbul Ende Januar erklärt. Dagegen hat sich die GroKo-Regierung seit Sommer 2019 aus der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Finanzierung der Flüchtlingshilfe schrittweise zurückgezogen. Ein neuer Handschlag mit dem türkischen Autokraten und Kriegstreiber Erdogan für weitere Milliarden-Finanzhilfen - während zusätzliche Finanzmittel der Bundesregierung für mehr Personal in den kaputtgesparten Krankenhäusern und für die Pflege – entgegen aller heuchlerischen Versprechungen, den Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus entschlossen zu führen - weiter verweigert werden.

c.b.

## 6., 7., 8. März... in Algerien

Am 8. März wandte sich Präsident Tebboune mit einer Grußadresse zum „Frauentag“ an die algerischen Frauen.

„*Wir sind nicht zum Feiern gekommen, sondern damit ihr alle abhaut*“, war die Antwort von Tausenden Frauen in den Straßen von Algier (siehe untenstehenden Artikel).

Auch am Freitag, den 13. März, gingen die Algerier wieder in Massen auf die Straße. Sie forderten erneut das Ende der Unterdrückung, die Freilassung aller politischen Gefangenen und den Regime-Wechsel.

In Anspielung auf die Corona-Epidemie riefen sie ironisch: der wirkliche Virus in Algerien, das ist das Regime – ein Regime, das einerseits von Dialog spricht, andererseits aber die Unterdrückung brutal fortsetzt.

Angesichts der Corona-Epidemie hatte der Premierminister an die Demonstranten appelliert, ihre Mobilisierung aus „Gesundheitsgründen“ einzustellen, während die Regierung gleichzeitig ein Verbot der Gebete in den Moscheen ablehnte. Schließlich musste die Regierung die Moscheen schließen. Doch ihre erste Reaktion zeigt, dass es bei der Einstellung der

Demonstrationen nicht um die Gesundheit ging. Infolge der Politik des Regimes ist die Situation im Gesundheitswesen in Algerien dramatisch, viele Menschen haben keinen oder nur sehr begrenzten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Wie überall in den anderen Ländern muss das Krankenhauspersonal angesichts der Zerstörung des Gesundheitssystems diese Epidemie unter schrecklichen Bedingungen bewältigen.

Doch nicht nur im Gesundheitswesen provoziert die Politik Verwüstungen. Davon betroffen sind auch die Schulen und Universitäten, und ganz allgemein die öffentliche Daseinsvorsorge. Vor allem die Jugend, die einen großen Teil der Bevölkerung ausmacht, leidet unter Arbeitslosigkeit und Prekarisierung. Das algerische Volk lehnt den von dem Regime betriebenen Ausverkauf des Landes an ausländische Investoren, wie die Privatisierung von Öl und Gas, ab.

Das alles kann die Wut der Millionen und Abermillionen nur anfachen.

*Korrespondent*

**Algerien: 8. März 2020**

## Denkwürdige Mobilisierung der Frauen

Korrespondent der Fraternité (Zeitung der algerischen Arbeiterpartei, PT)

Seit über einem Jahr lebt Algerien im Rhythmus der revolutionären Mobilisierungen. Von diesem historischen Rahmen war der 8. März, der überall in der Welt als Tag des Kampfes für die Frauenrechte gefeiert wird, in Algerien in eindrucksvoller Weise geprägt.

Am Samstag, den 22. Februar, feierte das algerische Volk den ersten Jahrestag der Volksrevolution. Die Demonstrant\*innen trafen die spontane Entscheidung, den Samstag neben den Freitagen und Dienstagen zum dritten nationalen Tag der Mobilisierung zu machen. Die Machthaber, die fürchten, dass die Bewegung sich verstärkt, tun alles, um die Algerier\*innen vom Demonstrieren abzuhalten. Seitdem wird jeden Samstag

mit außerordentlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Demonstranten, Journalisten und unbeteiligte Passanten vorgegangen, mit Festnahmen, Polizeigewalt, Prozessen, juristischen Gerichtsverfahren...

Am Samstag, den 7. März, hat die Polizei fast überall im ganzen Land Hunderte Algerier\*innen bedrängt und festgenommen.

In Algier verbrachten 56 Personen, davon fünf Frauen, die Nacht in verschiedenen Kommissariaten der Stadt. Mit dieser plötzlichen Eskalation wollten die Machthaber ein Klima der Angst schaffen. Sie hatten nicht mit der Entschlossenheit der Frauen gerechnet, die sich in der Revolution des 22. Februar sehr engagiert haben.

Trotz eines imposanten Aufgebots an Polizeikräften sind die Frauen – und insbesondere die Arbeiterinnen – in der Hauptstadt und in den großen Städten (Oran, Annaba, Tizi-Ouzou, Constantine, Bejaïa usw.) zu Tausenden auf die Straßen geströmt. Vier Stunden lang marschierten die Frauen die Rue Didouche Mourat entlang bis zur Grande poste und wieder zurück, dann beschlossen sie einstimmig, die Straße entlang zu ziehen, die den Namen der berühmten Kämpferin im Unabhängigkeitskrieg trägt, die mit der Waffe in der Hand gefallen ist: Hassiba Benbouali. Dabei überwand die entschlossenen Demonstrantinnen mutig alle von den Polizeikräften errichteten Sperren.

*Fortsetzung auf Seite 16 oben*

## Die Unterdrückung geht weiter

**Karim Tabbou** wurde zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt, (unter Berücksichtigung der Untersuchungshaft, würde er das Gefängnis am 26. März verlassen). Er wurde verurteilt für „*Untergrabung der nationalen Einheit*“. Seine Anwältin, Frau Bouchachi, erklärte, dass „*Karim Tabbou ein politischer Führer ist, der seit langem für die Demokratie im Land kämpft...und für die nationale Einheit.*“

Der Staatsanwalt des Gerichts von Sidi M'Hamed hat in seiner Anklageschrift um ein Jahr Gefängnis gegen den **Mudschaheddin Lakhdar Bouregaâ** für „*die Untergrabung der Moral der Armee*“ gebeten. Zwei Aktivisten der RAJ (Youth Action Rally), **Karim Boutata** und **Ahcene Kadi**, wurden zu sechs Monate Gefängnis verurteilt. Sie waren am 26. September in Algier verhaftet worden und angeklagt, wegen der „Verteilung“ von Flugblättern, die den nationalen Interessen schaden“.

Dies sind nur einige Beispiele für die allgegenwärtige Repression gegen Aktivisten und Demonstranten in Algerien.

Fortsetzung v. Seite 15, Algerien ...

Viele der zentralen Losungen der Revolution wurden gerufen. *„Wir sind nicht zum Feiern gekommen, sondern um Euch aufzufordern: Haut alle ab!“,* *„Korrupte Macht, Ihr habt das Land geplündert, wir werden nicht ruhen, bis Ihr fort seid“,* *„Ziviler Staat, kein Militärstaat“.*

Es gab auch spezifische Frauenforderungen. Die Demonstrantinnen schimpften lautstark über das Familiengesetz, das 1984 von der von der Einheitspartei FLN beherrschten Nationalversammlung verabschiedet wurde, und das die Frauen zu einem Status als Unmündige auf Lebenszeit verurteilt. Eine Moudschahida erinnerte an die Politik der Einheitspartei (FLN), die seit der Unabhängigkeit *„den Frauen, die aktiv an der Revolution von 1954 teilgenommen haben, einen Platz in der Küche zuweisen“* wolle.

Um der Forderung nach gleichem Recht für Mann und Frau Nachdruck zu verleihen, erinnerten die Demonstrantinnen an das Engagement der Frauen bei der Befreiung des Landes und beriefen sich dabei lautstark auf Hassiba Benbouali: *„Oh ya Hassiba! deine Töchter werden nicht zurückweichen, oh Hassiba! wir sind entschlossen, uns die Freiheit zu erkämpfen“.* Und um ihre Entschlossenheit zu zeigen, skandierten sie immer wieder: *„Keine Angst, keine Panik: Wir Frauen sind die Hälfte der Gesellschaft“.* *„Das Familiengesetz auf den Müll“,* *„das Familiengesetz institutionalisiert die Gewalt und die Verachtung gegenüber den Frauen“*, war während des ganzen Marsches an diesem 8. März 2020 immer wieder zu hören.

Mehrere Frauen, denen der Kampf

Louisa Hanounes für die Frauenrechte und ihr Gefängnisarrest 1983/1984 bekannt ist, baten um neue Informationen über sie, besonders nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis am 10. Februar nach einer neun Monate langen willkürlichen Haft, die ihr schweren körperlichen Schaden zugefügt hat.

*„Oh Algerierinnen, die Algerier\*innen sind stolz auf Euch“*

Während der ganzen Demonstration gab es Diskussionen und Austausch zwischen den Demonstrant\*innen, die auch die Gleichschaltung der öffentlichen und der privaten Presse beklagten. Sie forderten die Freilassung aller wegen ihrer Überzeugung Inhaftierten und aller politischen Gefangenen und die Einstellung der Repressionen gegen die wenigen Journalisten, die noch objektiv und mutig über die Revolution berichten. Einige von ihnen vermodern schon seit sechs Monaten im Gefängnis, andere werden regelmäßig ins Kommissariat zitiert, wieder andere dürfen das Land nicht verlassen oder werden einfach gefeuert, weil sie das Verbrechen begangen haben, die *„Revolution zu unterstützen“.*

*„Oh Algerierinnen, die Algerier\*innen sind stolz auf Euch“*, skandierten die Männer und Frauen, die an diesem Tag der denkwürdigen Mobilisierung teilnahmen, der in den Annalen des langen Kampfes der Frauen für ihre Rechte seinen Platz finden wird. Dieser Kampf ist eng verbunden mit der Forderung nach dem Regime-Wechsel, eines Regimes, das für die antisozialen Gesetze verantwortlich ist, die besonders die Frauen hart treffen. Mehr als 60 Prozent von ihnen sind in prekären Jobs, sie sind in keiner Weise vor sexuellen Übergriffen geschützt und mit der Diskriminierung durch das Familiengesetz konfrontiert - dem einzigen Gesetz, das von der Scharia inspiriert ist, und das in einer Republik mit einer Verfassung, die die Gleichheit aller Bürger\*innen „predigt“ und formal jede Diskriminierung wegen der Hautfarbe, der Sprache oder des Geschlechtes verbietet.

Gerade diese Diskriminierung wurde von den Demonstrantinnen angeklagt, die diverse Losungen skandierten, mit denen sie gleiche Rechte für Männer und Frauen forderten.

## CHILE

### 2 Millionen Demonstranten in ganz Chile, für den 8. März: historisch!

## „Unterdrückungsstaat“

Fast 2 Millionen Demonstranten haben am 8. März die Städte von Chile gestürmt.

In Santiago haben während des Aufstandes gegen die Regierung Piñera und die heftige und systematische Unterdrückung der Demonstranten eine Gruppe von chilenischen Frauen in sozialen Netzwerken einen Flash-Mob gestartet, der weltweit gesendet und aufgenommen wurde.

Sie verurteilen deutlich die Gewalt des Staates gegen die Frauen.

Der Refrain heißt: *„Der Vergewaltiger bist Du! Es ist die Polizei! Es sind die Richter!*

*Es ist der Präsident! Es ist ein Unterdrückungsstaat!“*

Die brutale staatliche Repression gegen den Aufstand vom 18. Oktober traf besonders die Frauen, mit körperlichen Übergriffen, extremer Gewalt, Vergewaltigungen, Morden, Dutzenden von Entführungen und Verschwundenen.